

## **BAMH – OB Kandidat Dr. Martin Fritz fordert Entlastung der Bürger und Unternehmen Mülheims**

„Durch die Arbeit im Homeoffice, die Quarantäne oder das “allgemein zu Hause bleiben” werden die Kosten für Wasser und Entwässerung sowie Energie der privaten Haushalte steigen. Darüber hinaus werden im Fall der Kurzarbeit Einkommensbestandteile wegbrechen, die bisher mit keiner Unterstützungsmaßnahme ausgeglichen werden. Hier kann und muss sich Mülheim als soziale Stadt profilieren und Wirksamkeit entfalten.“, so der Oberbürgermeisterkandidat des BAMH, Dr. Martin Fritz.

Die BAMH Fraktion habe vor diesem Hintergrund einen Forderungskatalog mit vier Schwerpunkten aufgestellt.” Dabei wisse man, so Dr. Martin Fritz, das diese Vorschläge zurzeit noch den gesetzlichen Vorschriften des Stärkungspaktes zuwiderlaufen.

Im Einzelnen fordert der Ob –Kandidat:

1. Kürzung der Grundsteuer und Gewerbesteuer um jeweils 1/12 entsprechend der vollen Anzahl der Monate, in denen die Krisensituation im Jahr 2020 anstand. Sicherstellung, dass bei Mietverhältnissen diese Kürzung über die Nebenkostenabrechnung an die Mieter weitergereicht wird.
2. Kürzung der Abwassergebühren um jeweils 1/12 entsprechend der vollen Anzahl der Monate, in denen die Krisensituation im Jahr 2020 anstand. Sicherstellung, dass bei Mietverhältnissen diese Kürzung über die Nebenkostenabrechnung an die Mieter weitergereicht wird.
3. Die Verwaltung der Stadt Mülheim setzt sich bei der Sparkasse Mülheim für eine Aussetzung der Tilgung für Verbraucher- und Immobilienkredite für ein Jahr ab dem 01.03.2020 ein.

4. Die Verwaltung der Stadt Mülheim soll entsprechend der Möglichkeiten im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs Anträge auf Bedarfszuweisungen zur Abmilderung der Folgen der Corona Krise stellen. Diese dann erhaltenen Mittel sollen direkt zur Lösung von Aufgaben im Rahmen der Unterstützung von durch die Krisensituation in Bedürftigkeit geratene Mülheimer Einwohner und Familien gesteckt werden.

“Darüber hinaus fordert der BAMH Verwaltung und Politik Mülheims auf, Mittel und Wege zu finden, um den Globalisierungswahn, der in den letzten Jahren immer weiter fortgeschritten ist, im Rahmen der Möglichkeiten auf kommunaler Ebene Einhalt zu gebieten.” so Dr. Fritz weiter. “ Wie im Großen macht es auch im kleinen Rahmen keinen Sinn, innerhalb Deutschlands oder der EU Waren und Güter über erheblich Distanzen hin und her zu transportieren.“

„Lokal vor Global“, so könnte das Motto lauten. Das gelte für lokale Produkte aus der regionalen Landwirtschaft, aus dem Gewerbe und der Industrieproduktion vor Ort. Diese sollten absoluten Vorrang haben vor importierten oder aus anderen Regionen bezogenen Produkten. Wie anfällig das entstandene System ist und welche Gefahren damit verbunden sind, das zeigt uns die aktuelle Situation, die nicht unwesentlich auf den Globalisierungswahn zurückzuführen ist, so Dr. Martin Fritz abschließend.

**IM DIENST DER BÜRGER**

Pressekontakt: Joachim Hartmann

